



ZÜRCHER FREISINN

Wir machen Zürich stark!

Jetzt mit TWINT,
Kreditkarte oder auf
Rechnung spenden

EDITORIAL

**Wichtige Wahlen und
Abstimmungen**
von Filippo Leutenegger

Seite 3

ABSTIMMUNGEN

**Kantonale Wohn-Initiativen,
10-Millionen-Schweiz, Prämien-
Schock und Lehrerlöhne**
Interviews und Kommentarbeiträge

Seiten 4-5, 8, 12 und 13

AUS DER PARTEI

**Updates aus dem Regierungsrat
und von den Jungfreisinnigen**
Interview mit Carmen Walker Späh,
Kommentarbeitrag des neuen
Präsidenten der Jungfreisinnigen,
Mikhail Shalaev

Seiten 6-7 und 9



Starkes Signal der FDP aus Winterthur: Stefan Fritschi wird Stadtpräsident

Stefan Fritschi ist neuer Stadtpräsident von Winterthur. Seine bravouröse Wahl zeigt, dass bürgerliche Politik auch in einer linken Stadt mehrheitsfähig ist, wenn sie glaubwürdig, lösungsorientiert und nahe bei den Menschen bleibt. Herzliche Gratulationen an Stefan Fritschi und die FDP Winterthur für diesen grossartigen Erfolg!



Liebe Freisinnige

Der Abstimmungssonntag vom 8. März markiert einen wichtigen Moment für die Schweiz – und für uns Freisinnige. Zwei wichtige Vorlagen haben die Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer verantwortungsvollen, zukunftsgerichteten Politik entschieden.

Heiratsstrafe abgeschafft

Mit der Abschaffung der Heiratsstrafe wird ein jahrzehntelanges Anliegen endlich Realität. Das neue Gesetz beseitigt dieses Unrecht und entlastet vor allem den Mittelstand. Arbeit lohnt sich künftig für alle stärker. Es steht der Mitte natürlich frei, diesen Fortschritt nicht anzuerkennen und dennoch an ihrer Initiative festzuhalten – über ein solches Demokratieverständnis wird im Abstimmungskampf zu diskutieren sein.

Neuer Schuldenfonds erfolgreich abgewehrt

Ebenso deutlich haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den sogenannten Klimafonds abgelehnt. Sie haben erkannt, dass ein milliardenschwerer Schuldenfonds, der an der Schuldenbremse vorbeikonstruiert ist und ohne klare Finanzierung auskommt, keine nachhaltige Klimapolitik garantiert. Verantwortung für Umwelt und Finanzen gehört zusammen – genau dafür steht der Freisinn.

So erfreulich diese Ergebnisse sind, so sehr betrübt uns der Blick auf die geopolitische Lage

und die aktuellen Herausforderungen für unser Land. Die Welt ist unsicherer geworden, und sicherheitspolitische, wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Fragen drängen sich mit neuer Wucht auf. Umso unverständlicher ist es, dass Teile der Schweizer Politik notwendige Antworten verweigern.

NEIN zur Chaos-Initiative

Die sogenannte Chaos-Initiative ist ein Paradebeispiel: Sie löst kein Problem, schafft aber viele neue, gefährdet stabile Beziehungen, verlässliche Regeln und eine pragmatische Steuerung der Zuwanderung.

- › Wegfall der Personenfreizügigkeit: Der Zugang zu dringend benötigten Fachkräften würde erschwert. Gesundheitswesen, Tourismus und Landwirtschaft brauchen aber gut ausgebildete Arbeitskräfte.
- › Ende des Zugangs zum Schengen-System: Ohne Datenaustausch droht die Schwächung von Grenzkontrollen und Kriminalitätsbekämpfung.
- › Stillstand des Dublin-Abkommens: Hunderttausende in der EU abgewiesene Wirtschaftsmigranten könnten in der Schweiz erneut in Zweitgesuch stellen.

JA zum Zivildienstgesetz

Gleichzeitig gilt es beim revidierten Zivildienstgesetz die Funktionsfähigkeit unserer Milizarmee zu sichern. Der Zivildienst darf kein Aus-

weichgefäss sein, das systematisch personelle Lücken in der Armee reisst. Ein Ja zum Gesetz bedeutet, Verantwortung für unsere Sicherheit zu übernehmen und die Balance zwischen Armee und Zivildienst wiederherzustellen. Die weitere Aushöhlung der Armeebestände muss ein Ende haben.

Verantwortung wahrnehmen, Blockaden überwinden

Auch bei der Finanzierung der Armee erleben wir Blockaden, die den Dringlichkeiten, die sich unserem Land aktuell stellen, nicht gerecht werden. Wer hier einfach nach neuen Steuern und Abgaben ruft, rüttelt am Fundament des liberalen Erfolgsmodells. Es braucht jetzt Entschlossenheit und den Willen, Verantwortung zu übernehmen und die Prioritäten an den geopolitischen Notwendigkeiten auszurichten. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, in entscheidenden Fragen stillzustehen und das Portemonnaie der Bevölkerung im Dreimonatsrhythmus zu belasten. Es muss ein Ruck durch die Politik gehen – im Interesse unseres Landes, unserer Sicherheit und unseres Wohlstands.

Susanne Vincenz-Stauffacher,
Co-Parteipräsidentin und Nationalrätin

Benjamin Mühlemann,
Co-Parteipräsident und Ständerat

Wichtige Wahlen und Abstimmungen

Editorial des Präsidenten

Der Vorschlag unseres Parteivorstandes für die Nomination von Andri Silberschmidt als Kandidat für die Regierungswahlen wurde sehr positiv aufgenommen. Eine lebhafte Diskussion gibt es hingegen zur Frage einer zweiten Kandidatur. Parteileitung und Vorstand setzen sich derzeit intensiv mit dieser Frage auseinander. Aktuell gefordert ist die FDP auch zusammen mit den bürgerlichen Partnern im Abstimmungskampf gegen die linken Wohninitiativen und in der Verteidigung eines wettbewerbsfähigen Finanzplatzes Zürich.

Der Vorstand der FDP Kanton Zürich schlägt der Delegiertenversammlung vom 23. Juni die Nomination von Andri Silberschmidt als Kandidat für die Regierungswahlen im April 2027 vor. Er setzt sich für Eigenverantwortung, Unternehmertum und einen schlanken Staat ein und bringt als Nationalrat und Unternehmer einen ausgezeichneten Leistungsausweis mit. Der Vorschlag, Andri Silberschmidt zu nominieren, ist sehr gut angekommen. Lebhaft und engagierte Diskussionen gibt es hingegen über den Wunsch nach einer zweiten Kandidatur. Die Parteileitung und der Vorstand nehmen diese Diskussionen ernst und setzen sich vertieft mit dieser Frage auseinander, welche von der Delegiertenversammlung am 23. Juni entschieden wird.

Erfreulich ist auch der starke freisinnige Erfolg in Winterthur: Stefan Fritschi ist neuer Stadtpräsident. Seine bravouröse Wahl zeigt, dass bürgerliche Politik auch in einer linken Stadt mehrheitsfähig ist, wenn sie glaubwürdig, lösungsorientiert und nahe bei den Menschen bleibt. Ich gratuliere Stefan Fritschi und der FDP Winterthur herzlich zu diesem grossartigen Erfolg.

Mehr Wohnungen, nicht mehr Vorschriften

Beim Wohnen kommt es jetzt auf die Mobilisierung an. Am 14. Juni entscheidet der Kanton Zürich über zwei linke Wohninitiativen. Unsere Haltung ist klar: zweimal Nein zu den Initiativen, zweimal Ja zu den Gegenvorschlägen.

Die Wohnschutz-Initiative ist brandgefährlich. Sie schafft einen staatlichen Mietendeckel und neue Hürden für Umbauten, Renovationen, Abbrüche und Ersatzneubauten. Genau diese

Erneuerungen brauchen wir, wenn ältere Gebäude saniert, energetisch verbessert und zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden soll. Auch die Wohnungsinitiative geht in die gleiche falsche Richtung. Sie ist kein Rezept gegen Wohnungsknappheit, sondern ein Rezept für mehr Staat, Bürokratie und Verdrängung privater Investitionen.

«Zürich braucht mehr Wohnungen, nicht mehr Vorschriften.»

Nun gilt es, unsere Argumente unter die Leute zu bringen. Gute Argumente nützen nur, wenn sie gehört werden. Hier kann dem Komitee beigetreten werden:



Parlament muss Bankenregulierung korrigieren

Auch beim Finanzplatz braucht es liberale Klarheit. Der Bundesrat hält bei der Bankenregulierung an einer Verschärfung fest, die weit über das Ziel hinausschiesst. Stabilität ist wichtig. Niemand will zurück zur Sorglosigkeit vor der Finanzkrise. Aber Regulierung muss verhältnismässig sein.



Zürich ist das Zentrum des Schweizer Finanzplatzes. Eine einseitige Überregulierung trifft nicht nur eine Bank, sondern den ganzen Wirtschaftsraum Zürich. Nun ist das Parlament gefordert, den unverständlichen Entscheid des Bundesrats zu korrigieren. Zu unserer Medienmitteilung:



Herzliche Grüsse

Filippo Leutenegger
Präsident FDP Kanton Zürich

AGENDA

11. Juni: Hybride OP/BP-Konferenz

14. Juni: Abstimmungssonntag

23. Juni: Ordentliche Generalversammlung

ABSTIMMUNGEN

«Was in Basel Realität ist, darf in Zürich nicht passieren»

Basel kennt eine strikte Wohnschutzregulierung, wie sie mit der Wohnschutz-Initiative am 14. Juni auch im Kanton Zürich zur Abstimmung steht, seit 2022 aus eigener Erfahrung. Die Folgen für das Gewerbe sind gravierend: Aufträge brechen weg, Stellen gehen verloren. Tamara Hunziker, Leiterin Politik des Gewerbeverbands Basel-Stadt und FDP-Präsidentin Basel-Stadt, erklärt, warum Zürich diesen Weg nicht einschlagen sollte.

Frau Hunziker, Basel hat die strikte Wohnschutzregulierung seit 2022. Wie hat sich das auf das lokale Gewerbe ausgewirkt?

Die Auswirkungen waren schnell spürbar und sind bis heute gravierend. Unsere Mitgliedsbetriebe aus dem Bau- und Ausbaugewerbe berichten von einem massiven Einbruch bei den Aufträgen. Sanitärfirmen, Maler-, Schreiner-, Haustechnikbetriebe: Sie alle haben weniger zu tun, weil Sanierungen und Umbauten einfach nicht mehr stattfinden. Eines unserer Mitglieder hat es so formuliert: «Zweimal wöchentlich schauen wir die Liste neuer Offerten an. Es sind jetzt noch halb so viele wie vorher.»

Haben Sie dazu auch konkrete Zahlen von Ihren Mitgliedern?

Ja, wir haben dazu konkrete Zahlen aus einer Mitgliederumfrage. In dieser zeigt sich: Zwei Drittel der Handwerksbetriebe verzeichnen Umsatzeinbrüche seit dem Inkrafttreten des neuen Basler Wohnschutzgesetzes. Bei fast der Hälfte dieser Betriebe ist der Umsatzrückgang sogar sehr spürbar, mit einem Minus von über 20 Prozent. Jeder vierte Betrieb musste bereits Mitarbeitende entlassen und mehr als 16 Prozent der Unternehmen haben Ausbildungsplätze gestrichen. Das sind alarmierende Zahlen, die zeigen, wie stark der Wohnschutz das Gewerbe in Basel trifft.

Wie erklären Sie sich diesen Einbruch?

Das Wohnschutzgesetz macht Investitionen in Wohnbauten deutlich weniger attraktiv. Wenn Eigentümerinnen und Eigentümer die Kosten grosser Sanierungen nur begrenzt über Mietzinsaufschläge kompensieren dürfen, rechnen sich Totalrenovierungen finanziell nicht mehr. Die Folge ist, dass sich die Tätigkeit auf das Nötigste beschränkt: kleinere Instandhaltungsarbeiten statt umfassender Erneuerung. Grössere Wohnbauprojekte werden kaum noch lanciert, Aufträge für das Gewerbe bleiben aus. Laut einer Studie des Swiss Real Estate Institute ist die Zahl der Baugesuche im Kanton Basel-Stadt seit Einführung des Wohnschutzes von 784 auf 190 eingebrochen, das ist ein Rückgang von 76 Prozent. 2024 wurden nur noch 151 neue Wohnungen erstellt, verglichen mit einem Zehnjahresdurchschnitt von 653.

Kennen Sie einen konkreten Fall, wo der Wohnschutz absurde Folgen hatte?

Ja. Ein besonders krasser Fall: Ein Eigentümer wollte eine Wohnung nach dem Tod des Mieters umfassend sanieren und rund 80 000 Franken investieren. Der Mieter war erst mehrere Tage nach seinem Tod aufgefunden worden, was erhebliche Schäden an Böden und Wänden hinterlassen hatte. Die Wohnschutzkommission erlaubte zunächst nur einen Miet-

zinsaufschlag von 44 Franken pro Monat, was einer Amortisationsdauer von 152 Jahren entsprechen hätte. Nach zwei Jahren Rechtsstreit wurde der Aufschlag auf 74 Franken erhöht, wirtschaftlich sinnvoll war die Sanierung trotzdem nicht mehr. Die Wohnung wurde unverändert weitervermietet. Oder ein anderes Beispiel: In einem Mehrfamilienhaus wollten Vermieter und Mieter gemeinsam neue Küchen einbauen, gegen einen Aufschlag von 120 Franken. Die Wohnschutzkommission verbot es. Erlaubt war nur der Ersatz einzelner Geräte. Das Gesetz verhinderte also etwas, das beide Seiten wollten.

Nun soll die Wohnschutz-Initiative ähnliches in Zürich einführen. Was ist Ihre Botschaft an die Zürcher Stimmbevölkerung?

Schaut nach Basel. Was wir erlebt haben und tagtäglich erleben, ist kein Einzelfall, geschweige denn ein Zufall – es ist die logische Konsequenz eines Gesetzes, das gut gemeint, aber schlecht gemacht ist. Gut gemeint, weil niemand will, dass Mieterinnen und Mieter von heute auf morgen ihre Wohnung verlieren. Schlecht gemacht, weil der Wohnschutz genau dort schadet, wo er helfen sollte: Er verhindert neue und sanierte Wohnungen, verteuert Einstiegsmietten und kostet Gewerbearbeitsplätze.

Am 14. Juni empfehlen Sie also Nein zur Initiative?

Als Baslerin hüte ich mich, den Zürcherinnen und Zürchern Ratschläge zu erteilen. Das machen wir schon an der Fasnacht (lacht). Aber wenn Sie darauf beharren, hier dennoch meine Empfehlung: Nein zur Initiative, Ja zum Gegenvorschlag. Zürich hat noch die Chance, den Fehler nicht zu wiederholen, den wir in Basel gemacht haben.



Kantonsrat Claudio Zihlmann und Kantonsrätin Doris Meier sind im ganzen Kanton unterwegs und informieren die FDP-Sektionen, weshalb es am 2× Nein zu den schädlichen Wohn-Initiativen braucht.



Tamara Hunziker, Leiterin Politik des Gewerbeverbands Basel-Stadt und FDP-Präsidentin Basel-Stadt

ABSTIMMUNGEN

«Wir brauchen keine staatliche Wohnbaugesellschaft, die für wenige baut»

Am 14. Juni stimmt der Kanton Zürich über die Wohnungsinitiative ab. Sie verlangt eine kantonale Wohnbaugesellschaft mit einem Startkapital von 500 Millionen Franken. Dani Romay, FDP-Stadtparlamentarier und Bauunternehmer in Winterthur, erklärt, warum das der falsche Weg ist.

Der Wohnungsmarkt im Kanton Zürich ist angespannt. Haben die Befürworter der Wohnungsinitiative nicht zumindest recht mit der Diagnose?

Die Diagnose ist korrekt: Zürich hat zu wenig Wohnraum, und die Nachfrage steigt weiter. Wer das anzweifelt, lebt nicht in der Realität. Aber eine richtige Diagnose bedeutet nicht, dass auch das Rezept stimmt. Und beim Rezept liegen die Initianten komplett falsch.

Was stört Sie an der Idee einer kantonalen Wohnbaugesellschaft konkret?

Die Initiative verlangt, dass der Kanton eine staatliche Wohnbaugesellschaft mit 500 Millionen Franken Startkapital gründet. Das klingt nach entschlossenem Handeln, ist es aber nicht. Denn das Grundproblem ist nicht, dass es zu wenige Akteure auf dem Wohnungsmarkt gäbe. Das Problem ist, dass zu wenig gebaut werden kann. Einsprachen, überlange Bewilligungsverfahren und übertriebene Regulierungen sind die eigentlichen Bremsen. Eine staatliche Wohnbaugesellschaft ändert daran gar nichts. Sie tritt aber in Konkurrenz zu bestehenden Wohnbaugenossenschaften und Investoren, treibt die Preise für Grundstücke in die Höhe und gebaut wird trotzdem nicht schneller.

Aber Genossenschaften und gemeinnützige Träger zeigen doch, dass nicht gewinnorientiertes Bauen funktioniert?

Genossenschaften leisten wertvolle Arbeit, keine Frage. Aber sie sind privat organisiert und

kennen den Markt. Eine staatliche Gesellschaft hingegen bringt Bürokratie, politische Einflussnahme und mangelnde Flexibilität mit. Entscheidend ist auch: Der Kanton kann auf diesem Weg nicht in einem Tempo bauen, das den Bedarf auch nur ansatzweise deckt. Das Geld fehlt dann an anderer Stelle, etwa für Schulen, Verkehr oder Gesundheit.

Die Befürworter sagen, die staatliche Gesellschaft könne gezielt dort bauen, wo der Markt versagt, also günstige Wohnungen für Menschen mit tiefem Einkommen.

Das klingt sozial, ist es aber nur für die wenigen, die das Glück haben, in eine dieser Wohnungen einzuziehen. Was ist mit allen anderen? Mit den jungen Berufseinsteigern, den Familien, den Zugezogenen, die eine Wohnung auf dem freien Markt suchen? Für sie ändert sich nichts, ausser vielleicht, dass die Konkurrenz auf dem privaten Markt noch grösser wird, weil Grundstücke durch den staatlichen Akteur teurer geworden sind. Wir brauchen mehr Wohnungen für alle, nicht eine staatliche Gesellschaft, die für wenige baut.

Was wäre denn aus Ihrer Sicht die richtige Antwort auf die Wohnungsnot?

Bauen, bauen, bauen und die Hindernisse dafür aus dem Weg räumen. Jede neue Wohnung entlastet den Markt. Studien zeigen, dass pro neu bezogene Wohnung indirekt mehrere weitere Wohnungen frei werden, weil eine ganze

Umzugskette in Gang kommt. Diese Dynamik brauchen wir. Konkret heisst das: Baubewilligungsverfahren beschleunigen, verdichtetes Bauen und Aufstockungen erleichtern und verlässliche Rahmenbedingungen für private Investoren schaffen.

Der Gegenvorschlag des Kantonsrats geht genau in diese Richtung.

Genau. Der Gegenvorschlag verankert in der Verfassung, dass Kanton und Gemeinden sich für gute Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau einsetzen müssen. Er fördert gezielt gemeinnützigen Wohnungsbau und selbstgenutztes Wohneigentum, ohne eine teure staatliche Gesellschaft zu schaffen, die auf dem Markt mitmischt und ihn verteuert. Und der Regierungsrat verpflichtet sich, innert drei Jahren konkrete Gesetzesvorlagen zu präsentieren. Das ist pragmatisch und wirksam.

Am 14. Juni empfehlen Sie also ein Nein zur Initiative und ein Ja zum Gegenvorschlag?

Klar. Wer den Wohnungsmarkt in Zürich wirklich entspannen will, muss auf mehr Angebot setzen, nicht auf mehr Staat. Die Wohnungsinitiative schürt Hoffnungen, die sie nicht einhalten kann, und kostet dabei 500 Millionen Franken Steuergelder. Mit dem Gegenvorschlag können wir das Ziel, mehr günstige Wohnungen zu schaffen, auf einem sinnvollen Weg erreichen: durch bessere Bedingungen für alle, die bauen wollen.



Daniel Romay,
FDP-Mitglied des Stadtparlaments Winterthur
und Bauunternehmer

Parolen zu den kantonalen Abstimmungen am 14. Juni www.fdp-zh.ch/aktuelles/parolen

✗ Nein	Wohnschutz-Initiative	Wohnungsinitiative	Wohneigentums-Initiative
✓ Ja	Ja zum Gegenvorschlag zur Wohnschutz-Initiative	Ja zum Gegenvorschlag zur Wohnungsinitiative	Ja zur Vertretung von Kantonsratsmitgliedern

WAHLEN

«Zürich soll der attraktivste Kanton zum Leben und Arbeiten sein»

Am 23. Juni entscheiden die Delegierten, wen sie ins Rennen um den freiwerdenden FDP-Regierungsratssitz schicken. Der Vorstand empfiehlt Andri Silberschmidt zur Wahl. Im Interview erklärt er, wofür er steht und wo er ansetzen will.

Herr Silberschmidt, die Parteileitung schlägt Sie der Delegiertenversammlung als Regierungsratskandidat vor. Was ist Ihr Angebot?

Ich bringe einen gut gefüllten Rucksack mit. In den vergangenen zehn Jahren habe ich ein Unternehmen von 0 auf 150 Angestellte aufgebaut. Ich weiss, was es heisst, Mitarbeitende zu führen und strategisch zu handeln.

Im Gemeinderat der Stadt Zürich und im Nationalrat durfte ich nicht nur das politische Hand-

werk lernen, sondern auch immer wieder erfolgreich Allianzen über verschiedene Parteigrenzen hinweg schmieden.

Diese unternehmerische Perspektive und diese politischen Erfahrungen möchte ich in die Kantonsregierung einbringen und Zürich weiterbringen.

Ihr junges Alter war am Rande auch schon ein Thema.



Ein Drittel der Zürcher Bevölkerung ist jünger als ich. Ich werde in diesen Tagen zum zweiten Mal Vater. Ich finde es wichtig, dass in einem Team mehrere Perspektiven vertreten sind und nicht alle schon über fünfzig sind.

Wo wollen Sie ansetzen?

Ich will Verantwortung übernehmen, damit der Kanton Zürich wirtschaftlich stark, innovativ und lebenswert bleibt. Mein Anspruch ist klar: Zürich soll der attraktivste Kanton zum Leben und Arbeiten sein.

Dafür braucht es Unternehmen, die hier investieren. Denn Investitionen sind die Grundlage für neue Arbeitsplätze und gute Löhne.

Entscheidend dafür sind die richtigen Rahmenbedingungen. Davon profitieren alle Menschen im Kanton, wie zum Beispiel der Coiffeur, die Lehrerin oder die Physikerin.

Wie gehen Sie den Wahlkampf an?

Ich werde im ganzen Kanton Zürich präsent sein, auch um die Bezirksparteien im Kantonsratswahlkampf zu unterstützen. Mein Ziel ist nicht einfach der Sitzerhalt in der Regierung, sondern der Ausbau der FDP-Fraktion im Kantonsrat.

Für eine bürgerliche Politik braucht es eine Mehrheit im Regierungsrat und eine klare Mehrheit im Kantonsrat. Diese ist heute mit 90 von 180 Sitzen, welche Die Mitte, FDP und SVP gemeinsam halten, nicht gegeben. Das können wir in den nächsten Monaten gemeinsam ändern!

Andri Silberschmidt, herzlichen Dank für das Gespräch und viel Erfolg.

*Andri Silberschmidt
jetzt unterstützen:*



Andri Silberschmidts Versprechen für einen lebenswerten Kanton Zürich:

1. Zürich soll zum attraktivsten Kanton der Schweiz für Arbeit und Unternehmertum werden.

Nicht einfach gut, sondern führend. Wer morgens aufsteht und zur Arbeit geht, soll abends mehr davon haben. Arbeit muss sich lohnen. Wer eine Unternehmung gründen will, muss zuerst an Zürich denken. Von kleinen bis zu grossen, internationalen Unternehmungen soll man sich in Zürich wohlfühlen. Dafür braucht es einen Staat, der die Bürokratie abbaut und die Finanz- und Steuerpolitik so gestaltet, dass sich unternehmerisches Wirken lohnt. Zürich soll der Ort sein, wo Ideen zu Arbeitsplätzen werden.

2. Wohnraum – ob zum Kauf oder zur Miete – muss für die Menschen im Kanton Zürich erschwinglich sein.

Das gelingt nur, wenn neuer Wohnraum geschaffen werden kann. Leider nehmen die Vorschriften und Einsprachen immer mehr zu, was Investitionen in neuen Wohnraum verzögert und verhindert. Das muss sich ändern. Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Staat mehr Wohnraum ermöglicht und genossenschaftliche Bauten im Rahmen der bisherigen Tätigkeiten unterstützt.

3. Ein wachsender Kanton braucht eine Infrastruktur, die Schritt hält.

Eine funktionierende Mobilität entscheidet über Lebensqualität und wirtschaftliche Stärke. Die Menschen sollen frei wählen können, wie sie unterwegs sind. Entscheidend ist, dass sie zuverlässig ans Ziel kommen. Engpässe müssen beseitigt werden und Investitionen gezielt erfolgen.

4. Bildung ist der Schlüssel für Chancen und Wohlstand.

Sie entscheidet über die Zukunft jedes Einzelnen und auch über die eines Kantons als Ganzes. Jedes Kind soll lesen, schreiben und rechnen können. Das ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Gleichzeitig braucht es Vorbereitung auf die Zukunft. Neue Technologien und künstliche Intelligenz verändern die Arbeitswelt grundlegend. Das Bildungssystem muss Schritt halten und Orientierung geben. Hochschulen sollen weiterhin zur internationalen Spitze gehören. Ziel ist ein duales Bildungssystem, das Leistung fördert und Chancen eröffnet.

5. Sicherheit ist die Grundlage für Freiheit.

Nur wer sich sicher fühlt, kann sich frei bewegen. Im Kanton Zürich soll man sich jederzeit sicher fühlen. Im Alltag, im öffentlichen Raum und auf dem Heimweg. Regeln müssen gelten und konsequent durchgesetzt werden. Straftaten müssen geahndet und rasch aufgeklärt werden. Ein starker Staat schützt die Menschen und schafft Vertrauen. Zürich soll ein Kanton sein, in dem Sicherheit selbstverständlich ist.

AUS DEM REGIERUNGSRAT

«Der Fachkräftemangel wird sich durch die demografische Entwicklung enorm akzentuieren»

Carmen Walker Späh prägt seit Jahren die Wirtschafts- und Standortpolitik des Kantons Zürich. Seit dem 1. Mai ist sie Regierungsratspräsidentin – und übernimmt eine besondere Verantwortung für den Kanton. Im Interview spricht sie über ihre wichtigsten Weichenstellungen, die Herausforderungen für den Standort Zürich und ihre Ziele für das Präsidentschaftsjahr.



Sie sind seit Anfang Mai Regierungsratspräsidentin. Was bedeutet Ihnen dieses Amt persönlich – und welche Akzente möchten Sie in Ihrem Präsidentschaftsjahr setzen?

Präsidentin des Zürcher Regierungsrats zu sein, ist eine ehrenvolle Aufgabe. Ein Amt, das mit Verantwortung, Leadership und auch klein wenig Prestige einhergeht. Für mich persönlich ist es der krönende Abschluss meiner Ägide als Regierungsrätin. Ich habe zwei Leitmotive gesetzt. Zum einen will ich den Innovationsstandort Kanton Zürich weiter stärken. Im Innovationspark entsteht Grosses, Generationsübergreifendes. Gerade in der Space-Industrie. Zum anderen will ich wachrütteln und die dramatischen Folgen der Demografie-Falle aufzeigen, die unseren Wohlstand gefährden.

Sie stehen seit mehreren Jahren an der Spitze der Volkswirtschaftsdirektion. Welche Projekte und Reformen waren aus Ihrer Sicht besonders prägend für Ihre Amtszeit?

In der Mobilität stechen die Oberlandautobahn, die Umsetzung der Mobilitätsinitiative, die Glattalbahn, das Tram Affoltern, der Brütten Tunnel und auch die Pistenverlängerung am Flughafen heraus. Auch das Projekt zum automatisierten Fahren im Furttal gefällt mir. Aus ökonomischer Sicht ist es die Diversifizierung

der Zürcher Volkswirtschaft. Dank zahlreichen Ansiedlungen ist Zürich heute weniger vom Finanzplatz abhängig. Wir sind schweizweit führend in der Food- und Health-Tech. In der ICT. In den Life-Sciences. Und eben: in der Space-Industrie. Auf dem Arbeitsmarkt war sicher die Bewältigung der Covid-Pandemie prägend. Auf dem Höhepunkt der Krise waren im Kanton Zürich über 30 000 Unternehmen mit rund 380 000 Arbeitnehmenden für Kurzarbeit angemeldet – also jeder dritte Arbeitnehmende.

Der Kanton Zürich steht als Wirtschaftsstandort im nationalen und internationalen Wettbewerb. Wo sehen Sie aktuell die grössten Herausforderungen – und wo die wichtigsten Chancen?

Der Kanton Zürich steht in direkter Konkurrenz zu mehreren Wirtschaftsstandorten: München, Stockholm, Amsterdam, Dublin und London. Im Vergleich schneiden wir vor allem bei der Bildung, Wirtschaftsleistung und Lebensqualität überdurchschnittlich stark ab. Optimierungspotenzial gibt es hingegen in den Bereichen Forschung, Innovation, Steuern und Regulation.

Themen wie Fachkräftemangel, steigende Regulierung oder die Entwicklung der Standortattraktivität beschäftigen viele Unternehmen. Welche Prioritäten sehen Sie hier in den kommenden Jahren?

Der Fachkräftemangel wird sich durch die demografische Entwicklung enorm akzentuieren. Schon in vier Jahren werden im Kanton Zürich 16 % mehr 65-Jährige als 20-Jährige leben. In der ganzen Schweiz steigt das Ungleichgewicht sogar auf über 30 % an. Das ist alarmierend. Jetzt könnte man meinen: Wir sind ein attraktiver Standort – wir ziehen genug Fachkräfte an. Nur: In den Rekrutierungspools in Europa ist das Ungleichgewicht noch drastischer. Darum müssen wir jetzt Massnahmen einleiten. Ein zentraler Ansatz ist die Produktivitätssteigerung durch technischen Fortschritt. Ich bin überzeugt: KI und Robotik haben das Potenzial, den Arbeitskräftemangel zu lindern. Wir werden aber auch länger arbeiten müssen und in höheren Pensen. Betreffend Regulierungen: Ich bin erliberal. Ich will möglichst wenig Staatseingriffe. Aber es kommen stets neue Aufgaben. Stichwort KI. Deshalb setze ich auf smarte Regulierung.

Sie haben angekündigt, 2027 nicht mehr zur Wiederwahl anzutreten. Wenn Sie auf Ihre Amtszeit zurückblicken: Was möchten Sie bis dahin noch erreichen – und was soll von Ihrer Arbeit in Erinnerung bleiben?

Kurzfristig gibt es drei wohnpolitische Volksabstimmungen, die der Regierungsrat und der Kantonsrat gewinnen wollen. Darüber hinaus ist die Verkehrspolitik eine grosse Priorität. Der Bundesrat legt in Kürze den Entwurf für Verkehr '45 vor. Da liegt einiges im Argen. Was umso kritischer ist, weil es um sehr viel Geld geht. Und wenn Sie nach dem Vermächtnis fragen – darüber mache ich mir keine Gedanken. Aber wer weiss, vielleicht gibt es im Innovationspark ja dereinst eine kleine Plakette, auf der mein Name steht.



Carmen Walker Späh,
Regierungsratspräsidentin

ABSTIMMUNGEN

Chaos-Initiative: «Zürich lebt von Offenheit, Verlässlichkeit und internationaler Vernetzung»

Am 14. Juni stimmt die Schweiz über die Initiative zur 10-Millionen-Schweiz ab. Raphaël Tschanz, Direktor der Zürcher Handelskammer, erklärt, weshalb die Vorlage aus Sicht des Wirtschaftsraums Zürich Wohlstand, Arbeitsplätze und den bilateralen Weg gefährdet.

Die Herr Tschanz, die Initiative heisst offiziell «Nachhaltigkeitsinitiative». Weshalb spricht die Zürcher Handelskammer von der Chaos-Initiative?

Weil der Titel nicht hält, was die Initiative verspricht. Nachhaltig wäre eine Politik, die Probleme löst: Wohnraum schaffen, Infrastruktur ausbauen, Arbeitskräfte sichern, Sozialwerke stabil halten. Die Chaos-Initiative macht das Gegenteil. Sie schreibt eine starre Bevölkerungsgrenze in die Verfassung und löst Automatismen aus. Bereits ab 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern müsste der Bund eingreifen, spätestens bei 10 Millionen mit allen verfügbaren Mitteln. Das ist keine Steuerung, sondern Politik nach Zählwerk.

Die Befürworter sagen: Die Schweiz wächst zu schnell. Ist diese Sorge nicht berechtigt?

Natürlich gibt es reale Belastungen. Wer in Zürich eine Wohnung sucht, im Zug steht oder im Gesundheitswesen lange wartet, nimmt diese Belastungen wahr. Aber aus einem echten Problem folgt nicht automatisch eine richtige Lösung. Ein Deckel schafft keine einzige Wohnung, keinen zusätzlichen Zug und keine Pflegefachperson. Im Gegenteil: Er erschwert Massnahmen, die Entlastung bringen. Wir brauchen schnellere Verfahren, mehr Wohnraum, bessere Infrastruktur, höhere Produktivität und mehr inländisches Arbeitskräftepotenzial. Aber wir dürfen uns nicht vom europäischen Arbeitsmarkt abkoppeln.

Warum wäre das für den Wirtschaftsraum Zürich besonders gefährlich?

Zürich lebt von Offenheit, Verlässlichkeit und internationaler Vernetzung. Unsere Unternehmen brauchen Fachkräfte in der IT, in der Industrie, im Finanzsektor, im Gesundheitswesen, in Forschung und Dienstleistungen. Viele KMU finden schon heute nicht genügend Personal. Gleichzeitig altert die Bevölkerung. Wenn künftig weniger Junge nachrücken und mehr Men-

schen pensioniert werden, wird der Arbeitskräftemangel verschärft. Eine starre Obergrenze würde diesen Trend beschleunigen. Sie gefährdet Wertschöpfung, Innovation und Versorgung.

Die Initiative richtet sich aber doch nicht gegen Fachkräfte, sondern gegen unkontrollierte Zuwanderung.

Das klingt gut, hält einer Prüfung aber nicht stand. Der Initiativtext unterscheidet nicht sauber zwischen Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, Familiennachzug, Asylbereich oder Rückkehrmigration. Am Ende zählt nur die Zahl. Ist die Grenze erreicht, beginnt der Verteilungskampf: Wer darf noch kommen? Das Spital, das Pflegepersonal sucht? Das Start-up, das Spezialisten braucht? Das Bauunternehmen für neue Wohnungen? Eine liberale Wirtschaftsordnung funktioniert nicht, wenn der Staat Arbeitskräfte nach Kontingenten zuteilt.

Weshalb ist die Personenfreizügigkeit für die Zürcher Handelskammer so zentral?

Sie ist kein Selbstzweck. Sie ist Teil des bilateralen Wegs und damit Teil eines Gesamtpakets, das der Schweiz Stabilität, Marktzugang und Planungssicherheit gibt. Für Zürich ist das entscheidend. Unsere Unternehmen exportieren, forschen, rekrutieren und investieren grenzüberschreitend. Wird die Personenfreizügigkeit infrage gestellt, stehen auch die Bilateralen I zur Diskussion. Das hätte, neben technischen Handelshemmnissen, Folgen weit über die Migration hinaus für Forschung, Verkehr, Investitionen und Arbeitsplätze.

Was entgegnen Sie Bürgerlichen, die sagen: Ein bisschen Druck auf Bern und Brüssel schadet nicht?

Druck ist kein politisches Konzept. Die Schweiz ist stark, wenn sie ihre Interessen nüchtern vertritt und verlässlich bleibt. Ein Ja zur Chaos-Initiative wäre kein Verhandlungsmandat mit klaren Zielen, sondern ein Sprung ins Ungewisse.



Unternehmen investieren dort, wo Rahmenbedingungen berechenbar sind. Schon die Aussicht auf Kündigungsautomatismen schafft Unsicherheit. In einer Zeit hoher Regulierungskosten und wachsender Standortkonkurrenz wäre das selbstverschuldet.

Was wäre die richtige Antwort auf Bevölkerungswachstum und Fachkräftemangel?

Die richtige Antwort ist ein Bündel pragmatischer Massnahmen. Wir müssen das inländische Arbeitskräftepotenzial besser nutzen, etwa durch bessere Vereinbarkeit, steuerliche Anreize und flexiblere Lebensarbeitsmodelle. Wir müssen Weiterbildung stärken, die Produktivität erhöhen und die Digitalisierung vorantreiben. Gleichzeitig braucht es mehr Tempo bei Wohnraum und Infrastruktur. Auch Zuwanderung muss gut gesteuert und Missbrauch konsequent bekämpft werden. Aber Steuerung heisst nicht Abschottung.

Ihr Schlussappell an die Leserinnen und Leser des «Zürcher Freisinn»?

Die Chaos-Initiative verspricht Ordnung, schafft aber Unsicherheit. Sie gefährdet den bilateralen Weg, verschärft den Arbeitskräftemangel und schwächt den Standort Zürich. Wer Wohlstand, gute Arbeitsplätze und stabile Beziehungen zu Europa sichern will, sagt Nein. Nicht aus Naivität gegenüber den Herausforderungen, sondern aus Verantwortung für eine Schweiz, die Probleme löst, statt neue zu schaffen.

Raphaël Tschanz,
Direktor Zürcher Handelskammer

JUNGFREISINN

«Der Staat darf nicht schneller wachsen als die Gesellschaft, die ihn trägt»

Derzeit flammt die Debatte zur Grösse des Staates neu auf: Auf nationaler Ebene haben die Jungfreisinnigen vor wenigen Wochen die «Verwaltungsbremse» lanciert. Bereits zuvor hatte die FDP im Kanton Zürich mit der «Personalbremse» den Anstoss in dieselbe Richtung gegeben. Beide Anliegen eint eine zentrale Forderung: Der Staat darf nicht schneller wachsen als die Gesellschaft, die ihn trägt. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen. Doch wie gelingt uns das?

Mut zur Meinung

Was die Jungfreisinnigen stets besonders auszeichnet, ist ihr Mut zur klaren Meinung. Wir trauen uns etwas. Wir verstehen uns nicht bloss als Nachwuchs der FDP, sondern als eigenständige Impulsgeber. Pragmatismus und Kompromissbereitschaft sind Eigenschaften, die von vielen Politikern oft vorgebracht werden. Diese Eigenschaften sind wichtig, aber damit allein gewinnt man keine Wahlen. Kompromisse sind in der Demokratie unverzichtbar, aber sie dürfen nicht den Anfang einer Debatte darstellen. Bevor Brücken gebaut werden, müssen die inhaltlichen Pfeiler stehen. Ausgangspunkt muss immer die eigenständige, klar formulierte Posi-

tion sein. Nur mit klaren Meinungen können wir die Leute für den Freisinn begeistern. Wir müssen uns, ob alt oder jung, zu unseren freiheitlichen Grundwerten bekennen.

Anpacken

Wenn der Wertekompass stimmt, gilt es, anzupacken. Und die Jungfreisinnigen scheuen sich nicht davor. Ein Beispiel dafür war der 1. Mai in Zürich: Während linke Aktivisten ihren Unmut gegen Grosskonzerne ausgerechnet an den Schaufenstern von KMU ausliessen und Fassaden besprayten, organisierten wir eine Aufräumaktion. Es war ein klares Bekenntnis zur wirtschaftlichen Realität in unserem Land: 99 Prozent der Firmen sind KMU. Sie bilden das Rückgrat unseres Wohlstands. Wer diese Unternehmen angreift, trifft die Schweiz im Kern. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass der Kanton Zürich ein attraktiver Standort bleibt, an dem die freiheitlichen Marktprinzipien nicht unterwandert und die freie Entfaltung von Ideen nicht im Keim erstickt wird.

Gleichzeitig ist klar: Wer Privateigentum schwächt, schwächt die Freiheit. Die jüngsten wohnpolitischen Initiativen von links, die den Wohnungsmarkt verstaatlichen wollen, gehen

in eine gefährliche Richtung. Hier braucht es entschlossenen Widerstand.

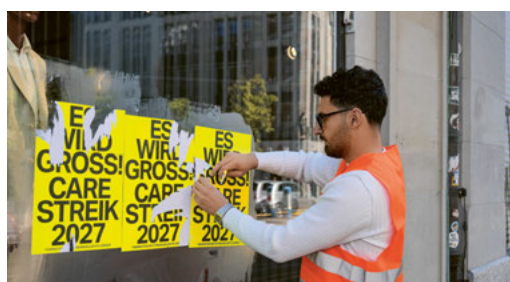
Kommende Wahlen: Junge in den Rat

Mit Blick auf die kommenden kantonalen Wahlen verbinden die Jungfreisinnigen ihre inhaltlichen Anliegen mit einem klaren Appell an die Verantwortlichen in den Gemeinden und Bezirken: Für die Regierungsratswahl steht mit Andri Silberschmidt ein profiliertes Jungfreisinniger für den Regierungsrat bereit. Doch es braucht insbesondere mehr junge Kandidierende auf den Kantonsratslisten. Unser Kanton braucht kluge, engagierte Köpfe, die Verantwortung übernehmen wollen. Wir haben sie. Geben Sie ihnen eine Chance.

Ein Blick in die Geschichte unterstreicht, wie viel möglich ist, wenn man jungen Kräften vertraut: Der Freisinnige Numa Droz wurde 1875 im Alter von nur 31 Jahren in den Bundesrat gewählt. In einem jungfreisinnigen Alter also. Er war kein Verwalter, sondern packte an: Droz reorganisierte die Bundesinstitutionen, setzte starke Akzente in der Aussenpolitik und schloss zahlreiche Abkommen ab, die den Handel ankurbelten.

Genau diesen Spirit brauchen wir heute: Mut zur Verantwortung und zur klaren Linie und den Willen, die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Zukunft des Freisinns entscheidet sich daran, ob es gelingt, die nächste Generation einzubinden. Schenken Sie Ihren Kindern eine Mitgliedschaft bei den Jungfreisinnigen. Der Kanton Zürich wird es Ihnen danken.

Jetzt die Verwaltungsbremse-Initiative unterschreiben:



Die Jungfreisinnigen des Kantons Zürich sammeln fleissig Unterschriften auf den Strassen für die Verwaltungsbremse-Initiative. Mit einer Aktion am 1. Mai, bei der sie unter dem Motto «Debattieren statt demolieren» die Strassen säuberten, erhielten sie zudem mediale Aufmerksamkeit.



Mikhail Shalaev,
Präsident Jungfreisinnige Kanton Zürich

AUS DEN ORTSPARTEIEN

Freisinnige Erfolgsgeschichten im Kanton Zürich

In jeder Ausgabe werden Erfolgsgeschichten und Neuigkeiten aus den Ortsparteien präsentiert. Habt ihr in eurer Ortspartei eine Erfolgsgeschichte, die ihr gerne teilen möchtet? Meldet euch gerne unter info@fdp-zh.ch.



FDP Russikon

FDP Russikon räumt ab

Die FDP Russikon landete bei den Behördenwahlen 2026 einen regelrechten Erdrutschsieg. Alle ihre acht Kandidierenden für die vier verschiedenen Behörden wurden komfortabel gewählt. Neu ist die FDP jetzt mit drei Personen im Gemeinderat vertreten und stellt zudem den Präsidenten der Schulpflege. Parallel zu diesem Erfolg stieg der Mitgliederbestand der Ortspartei Russikon im ersten Quartal des Jahres um 16 %.



FDP Wädenswil

Erfolgreicher Wahlsonntag

Nach einem langen und intensiven Wahlkampf wurden wir am 12. April 2026 von der Wädenswiler Stimmbevölkerung mit guten Resultaten belohnt. Bei den Parlamentswahlen konnten wir am zweitmeisten Stimmen holen, und der Wähleranteil konnte leicht gesteigert werden, die FDP ist somit wieder die zweitstärkste Kraft im Wädenswiler Parlament. Die Kantonsrätin und bisherige Stadträtin Astrid Furrer wurde mit einem glanzvollen Resultat wiedergewählt, und der erfolgreiche Wahlsonntag wurde durch die hervorragende und eindeutige Wahl vom bisherigen Stadtrat Christof Wolfer zum Wädenswiler Stadtpräsidenten gekrönt. Schöne Nebensache dabei: Mit der Wahl von Christof Wolfer sind nun alle neun Gemeinde- und Stadtpräsidien im Bezirk Horgen in FDP-Hand.



FDP Horgen

Generalversammlung der FDP Horgen mit Impulsreferat von Dr. Stefan Brupbacher

Der Präsident durfte die anwesenden Mitglieder hoch über dem Zürichsee im «Häuertreff» des Bergwerks Horgen begrüßen. Finanziell steht die Partei auf solidem Fundament: Ein Highlight war die Bekanntgabe der grosszügigen Spende von Vreni Spoerry. Diese Spende soll nachhaltig für liberale Projekte eingesetzt werden. Das interessante Impulsreferat von Dr. Stefan Brupbacher führte zu angeregten Diskussionen, die beim gemütlichen Apéro weitergeführt werden konnten.



FDP Hedingen

Wahlsieg im März; engagiert weiter mit Vortrag von Stefan Brupbacher im Mai

Der Wahlsonntag vom 8. März 2026 war für die FDP Hedingen ein grosser Erfolg: Sämtliche Kandidierenden wurden klar gewählt, darunter auch die zwei Kandidaten für die Rechnungsprüfungskommission. Nicole Doppler übernimmt neu das Gemeindepräsidium, Marco Vanetta wurde als Gemeinderat bestätigt. Wir bleiben auch im Jahr 2026 aktiv! Es sind wiederum diverse Anlässe geplant, beispielsweise am 26. Mai 2026 mit Stefan Brupbacher, Direktor von Swissmem, zum Thema «Schweizer Tech-Industrie im Auge des Sturms» zu den aktuellen Herausforderungen.



FDP Andelfingen/ Kleinandelfingen

Wahlen 2026: Erfolg in Andelfingen

In der Kampfwahl mit sieben Kandidierenden für fünf Sitze haben die Stimmenden das über-

parteilich unterstützte Team aff5.ch in den Gemeinderat gewählt. An der Spitze steht der neu gewählte parteilose Gemeindepräsident Daniel Grab. Direkt dahinter folgt die FDP mit einem starken Resultat: Marianne Schaub-Hristi (bisher, Platz 2) und Luca Ehrismann (neu, Platz 3), wurden überzeugend (wieder-)gewählt. Dieses Resultat steht für Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg, bevölkerungsnah und lösungsorientierte Politik.



FDP Oetwil-Geroldswil

Toller Erfolg der FDP Oetwil-Geroldswil



Nachdem der Gemeinderat in Geroldswil im vergangenen Jahr beschlossen hatte, die Anzahl der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte von sieben auf sechs zu reduzieren und dieser Vorschlag in der Volksabstimmung angenommen wurde, standen wir vor einer Herausforderung. Hinzu kam, dass zwei FDP-Kandidaten sowie ein Parteiloser ihren Rücktritt bekannt gaben. Es ist uns dennoch gelungen, zwei sehr gute Kandidatinnen zu finden und zusätzlich zu den beiden bisherigen FDP-Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen. Unsere Strategie ist genau so aufgegangen, wie wir es uns vorgestellt haben, und wir freuen uns sehr, in Geroldswil nun mit vier von sechs FDP-Kandidatinnen und -Kandidaten im Gemeinderat vertreten zu sein. In der RPK ist unsere Strategie ebenfalls aufgegangen: Wir stellen das Präsidium sowie zwei weitere Vertreterinnen beziehungsweise Vertreter und damit insgesamt drei der fünf Gewählten. Zudem liegt das Präsidium der Unterstufe Oetwil/Geroldswil/Fahrweid in unseren Händen. Bei einem schönen Wahlapéro wurden unsere Erfolge gefeiert.

Delegiertenversammlung in Stäfa, 7. April 2026



Besuch im Kantonsrat, 11. Mai 2026



KOLUMNE FDP FRAUEN KANTON ZÜRICH

KI und die Sichtbarkeit von Frauen: Wer nur scrollt, gestaltet nicht mit

Der Tag der Frau im Bundeshaus zum Thema «Frauen und künstliche Intelligenz» im März 2026 ist schon etwas her. Die Herausforderungen bleiben. Bundespräsident Guy Parmelin betonte: «KI kann ihr volles Potenzial nur entfalten, wenn es geschlechterdurchmischte Teams gibt. Frauen bringen andere Perspektiven ein. Frauen stellen andere Fragen.»

Die Probleme rund um unausgeglichene oder gar kriminelle Inhalte bei KI lösen wir nicht bis morgen. Aber wir können heute beginnen, das Potenzial von KI für Frauen zu verbessern und Lücken zu schliessen, indem wir online sichtbarer werden. Mit eigenen Beiträgen rund um Frauenthemen oder Interaktionen auf Kanälen der FDP Frauensektionen. Es braucht mehr Daten von Frauen und moderne Daten zur Gleichstellung. Sonst generiert KI ein gesellschaftspolitisch veraltetes Bild. Gleichzeitig sollte man vorsichtig sein, was man online teilt.

Ich gebe zu: Digital sichtbar zu sein, ist gewöhnungsbedürftig. Auch ich poste weniger, als ich mir vornehme. Aber ich versuche, mich immer wieder an den Internationalen Frauentag im Bundeshaus zu erinnern, und daran, dass es nicht reicht, selten aktiv zu sein. Manchmal kann ein einziger Repost in der Instagram-Story den Unterschied machen, z. B. zur nationalen Opferhilfenummer 142 bei häuslicher Gewalt, die seit dem 1. Mai 2026 schweizweit erreichbar ist.

Eigentlich ist es einfach: Sind wir nicht die, die gestalten wollen, statt nur zu konsumieren? Genau das können wir auch auf Online-Plattformen tun: Weniger scrollen, mehr Inhalt generieren.



Céline Büchel,
Geschäftsführerin FDP Frauen Schweiz und
Mitglied FDP Stadt Zürich, Kreis 3

ABSTIMMUNGEN

Strukturelle Reformen statt Schmerzensgeld für Lehrpersonen

FDP, SVP und EDU haben das Referendum gegen die Änderung des Lehrpersonalgesetzes ergriffen, zusammen mit weit mehr als der Hälfte der Gemeinden. Die vorgesehenen Erhöhungen des Stundenansatzes für Lehrpersonen sind finanziell nicht tragbar und bringen keinen pädagogischen Mehrwert.

Lehrpersonen im Kanton Zürich verdienen gut. Der Einstiegslohn von Kindergarten- und Primarschullehrpersonen liegt bei knapp 100 000 Franken (bei 100 %), der Maximallohn bei über 150 000 Franken. Das sind schweizweite Rekordwerte – sie liegen mehr als 20 % über dem Schnitt aller Deutschschweizer Kantone, trotz identischer Ausbildung. Auch der Lohn pro Lektion bricht mit 99 Franken alle Rekorde. Basel-Stadt etwa bezahlt seinen Kindergartenlehrpersonen nur zwei Drittel davon.

Dieser Stundenlohn soll nun auf Drängen der Lehrergewerkschaften hin weiter deutlich steigen. Insgesamt sollen für dieselbe Unterrichtsleistung 83 Mio. Franken mehr Lohn ausbezahlt

werden – jährlich. Die Verbände vermeiden den Begriff «Lohnerhöhung» und sprechen von «Entlastung». Der Lohn pro unterrichtete Stunde soll aber unbestrittenermassen steigen, ohne dass wesentliche strukturelle, entlastende Massnahmen vorgesehen sind.

Braucht es denn eine Entlastung? Ja. Die Schule ist in den letzten Jahren zu kompliziert geworden. Die Personalverbände sind hier mitverantwortlich, haben sie doch jeden ideologisch getriebenen Firlefanz unterstützt. Pädagogische Experimente seien «nicht verhandelbar» – explodierende Bildungskosten bei zugleich schlechteren Bildungsergebnissen gehen aber offenbar in Ordnung.

Nun ist ein höherer Stundenlohn aber keine Entlastung, sondern bestenfalls ein Schmerzensgeld. Denn ein unbefriedigendes Arbeitsumfeld bleibt unbefriedigend, unabhängig vom Stundenlohn. Deshalb hat die FDP in den letzten Jahren zahllose Vorstösse eingebracht, welche die Probleme an der Wurzel packen. Damit würden nicht nur die Lehrpersonen echt entlastet –

auch die Kinder würden von einer besseren Bildung profitieren.

Letztlich waren die Bürgerlichen trotz Bedenken bereit, einen Teil der Mehrkosten zu gewähren. Aber Mitte-Links wollte das volle Programm, hat das Fuder überladen und sich damit ein doppeltes Referendum eingehandelt.

Die Volksschule braucht Lösungen. Die Probleme einfach mit immer mehr Geld zu überdecken, ist aber keine Lösung. Unterstützen Sie deshalb das Referendum und sagen auch Sie im Herbst Nein zum neuen Lehrpersonalgesetz.



Marc Bourgeois,
Kantonrat

AUS DEM NATIONALRAT

Bankenregulierung: Sichere und wettbewerbsfähige Banken

Nach dem Credit-Suisse-Debakel wird in Bundesbern intensiv über die Bankenregulierung diskutiert. Gestützt auf Analysen von PUK, Bundesrat und Finma, hat der Bundesrat ein Paket von rund 30 Massnahmen vorgelegt. Die meisten gelten für alle Banken, einzelne speziell für systemrelevante Institute (UBS, ZKB, Raiffeisen und Postfinance). Vorgesehen sind u. a. klarere Verantwortlichkeiten und Vergütungsregeln im Management sowie stärkere Aufsichtsinstrumente für die Finma, und in Krisen soll – gegen Sicherheiten – mehr Liquidität über die SNB bereitgestellt werden. Besonders umstritten sind höhere Eigenkapitalanforderungen, vor allem für die UBS.

Für Zürich als grössten Finanzplatz ist diese Debatte zentral. Ziel muss mehr Stabilität sein, ohne die Wettbewerbsfähigkeit zu schwächen. Es geht um Tausende Arbeitsplätze, gute Finanzierungsmöglichkeiten und Dienstleistungen für Unternehmen und bedeutende Steuereinnahmen.

Als Erstes berät das Parlament strengere Eigenkapitalvorschriften, die v. a. die UBS treffen. Der Vorschlag des Bundesrates geht weit über internationale Standards hinaus und hätte für Unternehmen und Private höhere Kreditkosten und Gebühren zur Folge. Zusätzliche 20 Milliarden Franken an hartem Eigenkapital würden die Profitabilität jährlich mit rund zwei Milliarden belasten. Teurere Kredite und höhere Gebühren würden der gesamten Schweizer Wirtschaft schaden – und auch Konsumentinnen und Konsumenten treffen. Zudem leidet darunter die Bewertung der UBS an der Börse, wodurch das Risiko einer Übernahme durch eine ausländische Bank steigt. Entschärfen liesse sich dies durch den Einsatz von zusätzlichem Kernkapital, sogenanntem AT1-Kapital. Es ist international etabliert und bei Investoren sehr gefragt – und deutlich günstiger. Ein entsprechender Vorschlag liegt auf dem Tisch.

Die meisten Banken sind auch Kunden der UBS und beziehen vielfältige Dienstleistungen.

Eine Regulierung, die die UBS schwächt, trifft deshalb den ganzen Bankenplatz. Gleiches gilt für eine pauschale Regulierungswelle für den gesamten Sektor: Die Risikoprofile von Regionalbanken, Privatbanken, Kantonalbanken oder systemrelevanten Banken unterscheiden sich stark. Deshalb brauchen wir gezielte, praxistaugliche Lösungen, für maximale Sicherheit zu minimalen Kosten – welche Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit gleichermaßen sichern.



Beat Walti,
Nationalrat

ABSTIMMUNGEN

«Der Prämienabzug muss der Realität folgen»

Die Krankenkassenprämien steigen seit Jahren deutlich stärker als die allgemeine Teuerung. Der steuerliche Abzug hinkt dieser Entwicklung hinterher. Die Initiative «Stopp Prämien-Schock» will das korrigieren. Die FDP unterstützt dieses Anliegen.

Worum geht es?

Im Zürcher Steuergesetz dürfen Versicherungsprämien und Sparzinsen pauschal vom Einkommen abgezogen werden. Dieser Abzug wird der Teuerung angepasst. Das klingt vernünftig, bildet die Realität aber schlechter ab: Zwischen 2014 und 2024 stiegen die Krankenkassenprämien um rund 35 Prozent, die Teuerung aber nur um rund 6 Prozent.

Weshalb ist das problematisch?

Die Prämien steigen Jahr für Jahr und nagen an der Kaufkraft. Ein Beispiel: Erhält jemand hundert Franken mehr Lohn, steigt gleichzeitig aber die Prämie um den gleichen Betrag, bleibt netto nichts übrig. Steuerlich wird die Lohnerhöhung trotzdem als höheres Einkommen erfasst. Die gestiegene Prämie kann nicht im gleichen Umfang gegengerechnet werden. Am Ende bleibt weniger übrig.

Was verlangt die Initiative?

Die Prämien-Rabatt-Initiative verlangt, dass der Abzug für Versicherungsprämien künftig nicht mehr an die allgemeine Teuerung gekoppelt wird, sondern an die Entwicklung der Durchschnittsprämie der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Steigen die Prämien, steigt auch der Abzug im gleichen Mass. Im Kanton Zug gilt eine solche Regelung bereits.

Profitieren davon nicht vor allem hohe Einkommen?

Steuerabzüge wirken je nach Einkommen unterschiedlich. Dieser Einwand greift hier aber zu kurz. Die Krankenkassenprämie ist eine Kopfprämie: Alle zahlen unabhängig vom Einkommen denselben Betrag. Deshalb ist es sachgerecht, dass auch der steuerliche Abzug mit den tatsächlichen Kosten mitwächst. Es geht nicht um ein Steuergeschenk, sondern um die Abfederung einer realen Belastung.

Weshalb genügt der Gegenvorschlag nicht?

Der Gegenvorschlag wollte mit einer einkommensunabhängigen Steuergutschrift arbeiten. Das hätte einen Systemwechsel bedeutet: Der bestehende Abzug wäre stark gekürzt worden, das steuerbare Einkommen wäre gestiegen. Für Familien mit mittlerem Einkommen hätte dies Folgekosten ausgelöst, etwa bei Prämienverbilligungen oder Kita-Tarifen. Der Kantonsrat hat ihn zu Recht abgelehnt.

Löst die Initiative die Herausforderung der steigenden Gesundheitskosten?

Nein. Dafür braucht es andere Massnahmen: Fehlanreize beseitigen, Bürokratie abbauen, Effizienz erhöhen. Die Initiative schafft aber eine fairere steuerliche Ausgangslage für jene, die ohne Prämienverbilligung auskommen müssen und trotzdem stark belastet sind.

Warum unterstützt die FDP die Initiative?

Weil der Prämienabzug der Realität folgen muss. Die Initiative ist einfach, nachvollziehbar und sachgerecht. Sie entlastet dort, wo eine reale Mehrbelastung entsteht. Deshalb empfiehlt die FDP am 14. Juni ein Ja.

ABSTIMMUNGEN

Weniger Regulierung, mehr Wohnungen

Mehr Wohnraum entsteht nicht durch neue Vorschriften, sondern durch bessere Rahmenbedingungen. Deshalb lehnt die FDP die Wohneigentums-Initiative ab.

Neben der Wohnschutz- und der Wohnungsinitiative kommt am 14. Juni auch die Wohneigentums-Initiative zur Abstimmung. Diese will den Staat in die Pflicht nehmen, den Zugang zu Wohneigentum zu fördern.

Konkret sieht die Initiative vor, dass Kanton oder Gemeinden bei Wohnbauprojekten, die sie etwa mit Baurechten oder Darlehen unterstützen, Auflagen machen müssen: Die Hälfte der entstehenden Wohnungen sollen als Wohneigentum verkauft werden – nach dem Prinzip der Kostenmiete.

Indem die Wohneigentums-Initiative den Zugang zu selbstgenutztem Wohneigentum stärken will, greift sie zwar ein zentrales Anliegen auf.

In ihrer konkreten Ausgestaltung setzt sie aber auf zusätzliche staatliche Vorgaben und Eingriffe. Damit Bauen attraktiver wird und das Angebot endlich mit der Nachfrage mithalten kann, braucht es in der Wohnraumpolitik das Gegenteil: weniger Hürden und weniger Vorschriften.

Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Fraktion Anfang Jahr im Kantonsrat ein Vorstosspaket eingereicht, das den Abbau von Bürokratie und Regulierungen fordert.

Damit Einsprachen wegen Bagatellen, gestalterischen Fragen oder baurechtlichen Nebenbestimmungen nicht länger dazu führen können, Projekte unnötig zu verzögern, fordert die FDP mit einer Motion eine Einschränkung

des Rekursrechts Dritter im Baubewilligungsverfahren. Künftig soll sich dieses auf zentrale baurechtliche Aspekte wie die Volumensetzung und die Nutzung von Bauprojekten konzentrieren.

Um die administrativen Hürden für die konkrete Umsetzung der Energiewende im Gebäudereich abzubauen, verlangt die FDP zudem mit einem Postulat, Gesetze und Verordnungen so anzupassen, dass energetische Sanierungen von Gebäuden ohne Baubewilligung möglich sind.

Darüber hinaus fordert die FDP mit einer weiteren Motion Anpassungen auf Gesetzesstufe sowie gegebenenfalls im Richtplan, damit im Kanton Zürich innerhalb der Bauzonen temporäre Sonderzonen – sogenannte weisse Zonen – geschaffen werden können. Diese sollen es den Gemeinden ermöglichen, den Wohnungsbau zu fördern.

Sagt Nein zur Chaos-Initiative: Peter Spuhler.



NEIN zur Chaos-Initiative

Warum die Vorlage kein einziges Problem löst

Am 14. Juni steht mehr auf dem Spiel, als es auf den ersten Blick scheint. Die 10-Millionen-Initiative ist kein Lösungsansatz, sondern sägt am Ast, auf dem wir sitzen. Wer Verantwortung übernimmt, kann dazu nur Nein sagen.

Am 14. Juni stimmt die Schweiz über die Chaos-Initiative ab. Die SVP will damit die Schweizer Bevölkerung starr bei maximal 10 Millionen deckeln – und verspricht, das sei die Lösung für sämtliche Probleme in der Schweiz. Ungeachtet dessen, dass sie 2014 die Ecopop-Initiative mit dem Argument ablehnte, eine «starre Beschränkung der Zuwanderung» schade der Wirtschaft. Näheres Hinsehen lohnt sich also.

Ja, die Schweiz steht vor Herausforderungen, da gibt es nichts schönzureden: Staus, steigende Mieten, punktuelle Überlastung der Infrastruktur, ein wachsendes Unsicher-

heitsgefühl. Diese Probleme spüren wir alle in unserem Alltag. Aber nein, ein starrer Bevölkerungsdeckel ist keine Lösung.

Initiative fordert Kündigung der Bilateralen mit der EU

Die Initiative würde zentrale Pfeiler unseres Erfolgsmodells untergraben und die bilateralen Verträge samt Personenfreizügigkeit an die Wand fahren. Denn die Initiative fordert glasklar, die Personenfreizügigkeit mit der EU zu kündigen. Das führt automatisch dazu, dass sämtliche bilateralen Verträge mit der EU dahinfallen. Die Bilateralen I würden ausstrahlt.

Die Schweiz müsste das so wichtige Sicherheitssystem Schengen und im Asylbereich das Dublin-Abkommen aufgeben.

Polizei und Grenzschutz werden blind

Besonders problematisch ist die sicherheitspolitische Dimension. Die Initiative gefährdet die Zusammenarbeit im europäischen Sicherheitsverbund. Ein Wegfall zentraler Instrumente wie des Schengen-Informationssystems würde unsere Polizei und die Grenzschützer faktisch «blind» machen. Der Zugang zu Fahndungsdaten über Gefährder und Kriminelle, den Grenzbeamte oder Polizisten heute in Sekundenbruchteilen von den europäischen Datenbanken abrufen können, wäre eingeschränkt oder ganz weg. Gewalttäter und das organisierte Verbrechen freuen sich, denn ab sofort hätten sie in der Schweiz völlig freie Hand!

Gleichzeitig droht durch den Wegfall bewährter Abkommen eine massive Zunahme von Asylgesuchen. Denn jedes Jahr werden in Europa etwa 400 000 Asylgesuche abgelehnt. Im Dublin-Verfahren kann die Schweiz heute mehr Personen wieder abgeben, als sie aufnehmen muss. Seit 2009 konnte sie über 42 000 Personen wieder zurückschicken – gleich viel wie die Bewohner der Stadt Thun! Mit der Chaos-Initiative wäre das vorbei: Jeder in Europa abgewiesene Asylsuchende könnte in der Schweiz ein neues Gesuch stellen. Bund, Kantone und die Gemeinden wären heillos überfordert. Die Schweiz würde nicht sicherer, sondern verletzlicher und im Asylbereich entbrennt das nackte Chaos.

Niemand will zurück zu Kontingenten

Ein fixer Deckel in der Verfassung liesse sich faktisch nur über ein rigides Kontingentsystem umsetzen. Die Konsequenz: ein Verteilungskampf um Fachkräfte, der alle gegeneinander ausspielt – Stadt gegen Land, Gesundheitswesen gegen Industrie, KMU gegen Grossunternehmen. Gerade die KMU, das Rückgrat unserer Wirtschaft, würden unter einer solchen Kontingentbürokratie besonders leiden. Hunderte neue Beamte, Tausende Verfahren und massive Rechtsunsicherheit wären die Folge.

Die SVP verspricht scheinheilig, es könnten weiterhin jedes Jahr 40 000 Personen in die Schweiz kommen. Doch heute arbeiten

über 50 000 familienfremde Arbeitskräfte auf den Schweizer Bauernhöfen – 70 Prozent davon aus dem EU-Raum. Allein damit wäre das «Kontingent» der SVP also bereits erschöpft. Wer soll zum Zug kommen? Die Landwirte? Die Gastronomie? Die Baubranche?

Dass zentrale Wirtschaftsakteure sowie breite Teile des Gewerbes klar Nein sagen, kommt nicht von ungefähr. Sie wissen, was auf dem Spiel steht. Peter Spuhler, alt Nationalrat der SVP und Patron von Stadler Rail, ist im Gegensatz zu den meisten seiner Parteikollegen ehrlich: Ihm ist die Initiative «zu extrem» und er weiss, dass die Schweiz auf eine gewisse Zuwanderung schlicht angewiesen ist.

SVP hat kein Umsetzungskonzept

Wenig überraschend, drückt sich die SVP vor konkreten Ansagen zur Umsetzung ihrer Initiative. Wird durch die Initiative auch nur eine einzige Wohnung zusätzlich gebaut? Ein Verkehrsengpass beseitigt? Ein Einbruch verhindert? Die ehrliche Antwort lautet: NEIN. Die strukturellen Ursachen – etwa langwierige Bewilligungsverfahren, regulatorische Hürden oder politische Blockaden im Wohnungsbau – bleiben unberührt. Statt Lösungen gibt es Symbolpolitik.

Es gibt wirksamere Ansätze: die bessere Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials, gezielte Qualifizierung, höhere Erwerbsbeteiligung und effizientere Rahmenbedin-

Mehr erfahren:

NEIN zur Chaos-Initiative –
FDP.Die Liberalen Schweiz



gungen. Eben hat die FDP mit der Individualbesteuerung für eine Reform gesorgt, mit der mehr einheimische Erwerbstätige in den Arbeitsmarkt kommen.

Nein zum Absägen des eigenen Astes

In einer geopolitisch ohnehin unsicheren Zeit wäre die Annahme der Chaos-Initiative gleichzusetzen mit dem Absägen des Astes, auf dem wir alle sitzen. Die Schweiz lebt von Stabilität, Verlässlichkeit und ihrer engen Einbindung in internationale Strukturen. Das sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Die Chaos-Initiative löst kein einziges der Probleme. Sie verschärft sie vielmehr – wirtschaftlich, sozial und sicherheitspolitisch. Wer Verantwortung übernimmt, kann dieser Vorlage nicht zustimmen. Ein Nein ist kein Ausdruck von Gleichgültigkeit gegenüber bestehenden Herausforderungen, sondern ein Bekenntnis zu wirksamen, realistischen und nachhaltigen Lösungen – so mühsam diese auch errungen werden müssen.

Illustrationen mit Unterstützung von KI erstellt.



Verliert den Durchblick: die Polizei.



Christian Wasserfallen,
Nationalrat Bern

Über 100 Frauen und klare Positionen

GV der FDP Frauen Schweiz in Zürich

Die GV der FDP Frauen Schweiz fand dieses Jahr in Zürich statt. Es ging hoch hinaus: Die Veranstaltung begann im «Clouds», dem Restaurant im 35. Stock des Prime Tower, mit einer trotz Morgennebel grossartigen Aussicht über die Stadt Zürich, den See bis in die Alpen hinein. Über 100 Frauen kamen zusammen, darunter auch Ehrengäste wie die ehemalige Präsidentin der FDP Frauen Schweiz und jetzige Co-Präsidentin der FDP Schweiz NR Susanne Vincenz-Stauffacher. Weiter waren auch die Regierungsrätin Carmen Walker Späh vor Ort, die vor einigen Jahren das Präsidium der FDP Frauen innehatte, sowie der Präsident der Zürcher Freisinnigen Filippo Leutenegger, der Fraktionschef der Zürcher Kantonsräte Claudio Zihlmann, der Zürcher Stadtrat Michael Baumer, der Präsident der FDP Stadt Zürich Përparim Avdili sowie der neu gewählte Präsident des Zürcher Jungfreisinns Mikhail Shalaev. Nach der Begrüssung durch die Präsidentin der FDP Frauen Schweiz NR Bettina Balmer

erfolgte eine Ansprache von Fabienne Farner, Präsidentin der FDP Frauen Kanton Zürich, und dann eine kurze Erklärung zur Stadt Zürich von GR Deborah Wettstein, Präsidentin der FDP Frauen Stadt Zürich. Auch Kaffee, Gipfeli und Geselligkeit kamen beim Empfang nicht zu kurz.

An der GV selbst ging es in den Räumlichkeiten von Deloitte nebst den statutarischen Traktanden auch um die Individualbesteuerung und wie die Mitte mit ihrer Initiative umgeht. Die Präsidentin brachte ihr Erstaunen zum Ausdruck, dass die Mitte respektive in diesem Zusammenhang wohl eher die CVP das Wahlergebnis vom 8. März 2026, das auf den Internationalen Frauentag fiel und damit besondere Symbolkraft erhielt, nicht akzeptiert, obwohl dieses mit 54,3% ein klares Bekenntnis der Bevölkerung zur Individualbesteuerung darstellt. Sie gab sich kämpferisch: «Wir sind davon überzeugt, dass auch die Wählerinnen und Wähler wissen, dass ein System nicht zielführend, sondern unsinnig ist, welches auf der

nationalen Ebene ein Vollsplitting oder wahlweise eine Schattenrechnung vorschlägt und auf der kantonalen Ebene individuell besteuert. Ein solches Konstrukt mit zwei verschiedenen Steuersystemen wäre kompliziert, teuer und sehr bürokratisch.» Die FDP-Frauen hätten ihre Ressourcen gerne für neue Herausforderungen gebündelt, sind aber willens, die Mitte-Initiative mit Blick auf die Abstimmung im Herbst 2026 oder Frühling 2027 zu bekämpfen. Weiter hat sich die Geschäftsleitung der FDP Frauen Schweiz einstimmig gegen die Chaos-Initiative ausgesprochen. Sie wird sich auch zukünftig der Schwerpunktthemen «Vereinbarkeit von Beruf und Familie», «Bildung» und «Sicherheit und häusliche Gewalt» sowie der Gründung von weiteren Sektionen annehmen. Zudem wurde Anna Marty einstimmig in die Geschäftsleitung gewählt.

Nach der GV fand ein gemeinsames Essen im «Puls 5» statt, das den urbanen Charakter des diesjährigen Anlasses unterstrich und wo auch nochmals genügend Zeit vorhanden war für eine gegenseitige Vernetzung bei bester Laune der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die nächste GV der FDP Frauen Schweiz findet am 22. Mai 2027 in Fribourg statt. Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat sich den Termin vorgemerkt. Es freut uns, wenn sie dann als unser prominentestes Mitglied der FDP-Frauen dabei sein wird. An der diesjährigen DV hat unsere Bundesrätin den Frauen folgenden Gedanken mitgegeben:

«Liebe FDP-Frauen,

Nach einer erfolgreichen Volksabstimmung tagt es sich leichter! Ich gratuliere herzlich zu diesem schönen Erfolg bei der Individualbesteuerung, wünsche Ihnen eine gute Versammlung und danke für Ihr Engagement für die liberale Sache.»

Bettina Balmer,
Nationalrätin und Präsidentin
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz



v.l.n.r.: Mikhail Shalaev, Fabienne Farner, Claudio Zihlmann, Filippo Leutenegger, Bettina Balmer, Carmen Walker Späh, Céline Büchel, Deborah Wettstein, Jonas Projer, Sibylla Stoffel-Hahn, Përparim Avdili, Susanne Vincenz-Stauffacher, Fabiana Margadant



Über 100 Frauen, die bereits Spuren hinterlassen haben: ein herzliches Dankeschön an all unsere Mitglieder. Gemeinsam gehen wir die nächsten Schritte und freuen uns auf alles, was kommt.

FDP Schweiz, mithilfe von KI erstellt.



Radikales Chaos-Experiment

Was droht den Auslandschweizern?

Könnten wir überhaupt noch in die Schweiz zurückwandern, wenn dort schon 10 Millionen wohnen? Auf diese Frage von Landsleuten im Ausland kann ich jeweils beruhigend antworten. Die Gefahren lauern aber bei einer möglichen Kündigung der Personenfreizügigkeit.

Rückkehr ungefährdet

Die Niederlassungsfreiheit für Schweizerinnen und Schweizer ist in der Bundesverfassung Art. 24 geregelt. Eine Rückkehr aus dem Ausland ist jederzeit möglich. Daran würde sich auch bei Annahme der Initiative nichts ändern.

Es ist ohnehin nicht mit einer grossen Rückkehrerwelle zu rechnen, zu stark sind die meisten mit ihrem Wohnland verbunden, oft auch mit doppelter Staatsbürgerschaft. Es gibt allerdings Anzeichen, dass die Zahl der Rückkehrer/innen steigt, sei es durch die verschlechterte Sicherheitslage in Krisenregionen oder eine mangelnde gesundheitliche Versorgung. Das wäre ein Thema für einen nächsten «Freisinn»-Artikel.

Wir wollen keine Zustände wie bei Brexit!

Die Annahme der Chaos-Initiative hätte also keine unmittelbaren Konsequenzen für die Auslandschweizer/innen. Sollte es aber tatsächlich zur Kündigung der Personenfreizügigkeit kommen, sieht es anders aus. Was auf uns zukommen könnte, wissen wir, weil unsere Landsleute im Vereinigten Königreich mit dem Brexit Ende Januar 2020 genau diese Situation schon erlebten. Mit signifikanten Auswirkungen. Damals waren knapp 40 000 Personen betroffen. Diesmal wären es rund eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer, die in EU-Ländern wohnen.

- › Das Aufenthaltsrecht und die Mobilität würden eingeschränkt. Es ist zu hoffen, dass für Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die bereits in der EU leben und arbeiten, eine Lösung gefunden würde, dass sie ihren Aufenthaltsstatus behalten können, analog des «settled-status» bei Brexit. Wer neu umsiedeln möchte, müsste aber auf jeden Fall grössere Hürden nehmen.
- › Für binationale Paare brächte der Wegfall der PFZ-Unsicherheiten und bürokratische Komplikationen bei der Familienzusammenführung.
- › Eine Herausforderung wäre die Koordination der Sozialversicherungssysteme. Neue Abkommen über die soziale Sicherheit müssten ausgehandelt werden, ähnlich wie bei Brexit. Damals ging es um ein Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich, diesmal um Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU.
- › Die automatische Anerkennung von Berufsqualifikationen würde entfallen, was den Zugang zum Arbeitsmarkt in der EU erschwert, auch umgekehrt natürlich.
- › Vor einer ungewissen Zukunft würden auch die Grenzgänger/innen stehen, die vor allem in den Kantonen Genf (rund 90 000 Personen), Basel-Stadt und Baselland (rund 60 000 Personen) und Tessin (knapp 80 000 Personen) die Wirtschaft am Laufen halten

und einen grossen Anteil des Personals im Gesundheitswesen oder im Detailhandel stellen.

- › Nicht zu unterschätzen ist zudem die Signalwirkung. Die Schweiz geniesst international den Ruf eines offenen, verlässlichen und gut vernetzten Landes. Eine restriktivere Haltung gegenüber Zuwanderung könnte dieses Image beeinträchtigen. Auslandschweizer erleben im Alltag, wie wichtig ein positives Bild ihres Heimatlandes ist – sei es im beruflichen Umfeld oder im gesellschaftlichen Leben.

Die FDP International sagt NEIN

Als Sektion für die Auslandschweizer/innen hat die FDP International ganz klar die NEIN-Parole beschlossen.

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (Nachhaltigkeits-Initiative) beschäftigt auch die Auslandschweizerorganisation und stand an der Frühlingssitzung des Auslandschweizerzerrats, ihres höchsten Organs, prominent auf der Traktandenliste. Im Hinblick auf die gravierenden Konsequenzen für die Auslandschweizer erfolgte der Aufruf zur Ablehnung der Initiative klar.



Helen Freiermuth,
Präsidentin FDP International

Überparteiliches Komitee lanciert Verwaltungsbremse

Jetzt die Initiative der Jungfreisinnigen unterschreiben!

Am 14. April haben die Jungfreisinnigen Schweiz mit einem überparteilichen Komitee, bestehend aus Vertretern aus FDP, GLP, Mitte und SVP, die Verwaltungsbremse-Initiative lanciert. Die breite Unterstützung unterstreicht einerseits die Notwendigkeit, andererseits aber vielmehr auch die Abstützung des Lösungsansatzes der Initiative.

Diagnose: Verwaltungswachstum ausser Rand und Band

Allein die zentrale Bundesverwaltung schuf zwischen 2010 und 2024 über 5600 zusätzliche Vollzeitstellen. Noch ausgeprägter fiel das Wachstum bei den Ausgaben für Personal, Berater und externe Dienstleistungen aus: Diese stiegen über jene 14 Jahre insgesamt um 32%. Das ist kein gesundes Wachstum mehr – es ist strukturelles Übergewicht.

Dieses Übergewicht untergräbt zentrale Erfolgsfaktoren des Schweizer Modells. Steigende Löhne und neue Stellen entziehen der Privatwirtschaft Fachkräfte und schwächen die Wertschöpfung. Eine politisch getriebene Bürokratie belastet Bürger und Unternehmen zusehends. Weil das Parlament die nötige Korrektur schuldig bleibt, braucht es die Verwaltungsbremse als Impuls von aussen.

Lösung: Die Verwaltungsbremse als Reforminstrument für die Schweiz

Konkret fordert unsere Initiative, dass die Personalausgaben der zentralen und dezentralen Bundesverwaltung (inkl. externer Berater) nicht stärker ansteigen dürfen als der Schweizer Medianlohn. Damit sorgt die Kopplung des Personalkostenwachstums an die Löhne der Bevölkerung dafür, dass der aktuelle Stellenbestand des Bundes erhalten bleibt, während weiteres Stellenwachstum sowie übermässige

ge Lohnerhöhungen faktisch unterbunden werden. Will der Bund neue Stellen schaffen oder die Löhne überproportional erhöhen, müsste er dies an einer anderen Stelle im Personalbudget kompensieren.

Der ETH-Bereich sowie die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung sind aufgrund ihrer wichtigen Rolle als Schweizer Erfolgsfaktoren von der Verwaltungsbremse ausgenommen. Zur Bewältigung einer Notlage (wie beispielsweise ein Krieg oder eine Naturkatastrophe) kann die Bundesversammlung eine Wachstumsüberschreitung beschliessen.

Erhebliche Wirkung als Ergänzung zur Schuldenbremse

Obwohl die Verwaltungsbremse einzig das Kostenwachstum der Personalausgaben begrenzt, lässt sie nicht an Wirkung vermissen. Dies liegt aber mehr am masslosen Wachstum der Bundesverwaltung und weniger an der Schärfe der Bremse. Konkret: Hätte man die Verwaltungsbremse bereits 2010 eingeführt, wären die Personalausgaben der zentralen Bundesverwaltung bis ins Jahr 2024 anstatt um 32% nur um maximal 17% (Medianlohnwachstum) gewachsen. Zwischen 2010 und 2024 entspricht das einem Potenzial zu vermeidender Mehrausgaben von rund 7 Mrd. Schweizer Franken – mehr als drei Gotthardröhren.

Während die Schuldenbremse heute sicherstellt, dass Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht bleiben, untersteht das Verwaltungswachstum heute keinem direkten Balanceinstrument. Das ändert die Verwaltungsbremse. Sie sorgt als Ergänzung zur bewährten Schuldenbremse für Gleichgewicht statt Übergewicht.

Wie Sie uns unterstützen

Unterschreiben Sie jetzt und unterstützen Sie unsere Kampagne. Unterschriftenbögen sowie weitere Informationen finden Sie unter www.verwaltungsbremse.ch. Ich danke Ihnen vielmals!



Lucio Sansano,
Präsident Initiativkomitee
Verwaltungsbremse-Initiative

Anleitung zum Ausfüllen des beiliegenden Unterschriftenbogens

Vielen Dank für Dein Unterstützung

Hier abtrennen und diesen Teil in den Postbriefkasten werfen

Eidgenössische Volksinitiative «Für ein faires Gleichgewicht zwischen Bundesverwaltung und Bevölkerung (Verwaltungsbremse)»

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es eigenhändig unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung beachtet oder sich betreten lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren fälscht, wird nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Zwingend alle Felder ausfüllen!

Kanton	Postleitzahl	Politische Gemeinde	Name Eigenhändig und möglichst in Blockschrift	Vorname Eigenhändig und möglichst in Blockschrift	Geburtsdatum Tag/Monat/Jahr	Wohnadresse Strasse und Hausnummer	Kampagne finanziell unter- stützen	Informiert bleiben	Eigenhändige Unterschrift	Kontroll- stempel (über lassen)
Bern	3076	Worb					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
			Vera	Müller	06.08.97	Neucengasse 20	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<i>V. Müller</i>	
							<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

Senden Sie diese Liste bitte teilweise oder vollständig ausgefüllt sofort an: **Allianz Verwaltungsbremse, Postfach 2676, 6210 Sursee**
Ablauf der Sammelfrist: 14.10.2027

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:
Jonas Lüthy, Postfach 211, 4009 Basel; **Luca Sansano**, Arvenweg 17, 4153 Reinach; **Melanie Radice**, Hans-Hübnerstrasse 38, 4500 Solothurn; **Pauline Biase**, Levant 136, 1005 Lausanne; **Michael Ueberli**, Industriestrasse 55, 8112 Otelfingen; **Cyril Aellen**, Chemin du Reposoir 32, 1255 Vevey; **Martin Bläwile**, Raubbühlstrasse 23b, 8600 Dübendorf; **Severin Brüngger**, Abendstrasse 22, 8200 Schaffhausen; **Thierry Burkart**, Seilerstrasse 10, 5426 Lengnau; **Nico Fankhauser**, Dreiwässerweg 13, 6074 Giswil; **Olivier Feller**, Route de Lausanne 20F, 180 Rolle; **Diana Gutjahr**, Rütlistrasse 29c, 8580 Amriswil; **Camille Hostettler**, Rue du Clos-de-Sierrières 10, 2000 Neuchâtel; **Roger Huber**, Bruchstrasse 35, 8706 Mülten; **Camille Jordan**, Chemin-veux 19, 1902 Evionnaz; **Nicolas Kolty**, Chemin du Missly 11, 1724 Essert; **Karla Lavesio**, Hoffeld 24, 8057 Zürich; **Jo Mosinauer**, Steingrübweg 11A, 3072 Ostermundigen; **Nathan Nigfili**, St. Joderstrasse 27A, 3930 Viège; **Fabio Regazzi**, Via dei Lupi 1a, 8508 Gordola; **Maia Riniker**, Lindenweg 36, 5034 Suhr; **Gregor Rutz**, Postfach 470, 8702 Zollikon; **Jason Steinhilber**, Obereyfeldweg 25A, 3063 Ittigen; **Alessio Vaninetti**, Eschenstrasse 4, 9032 Engelburg; **Susanne Vincenz-Stauffacher**, Flurstrasse 2, 9030 Aتبwil; **Thomas von Allinen**, Wilmsberg 5, 6037 Root; **Alessia Wehrli**, Via Cangina 14b, 7017 Films-Dorf.

Die unten stehende Stimmsrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ... (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative stimmberechtigt sind.
Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Ort:	Datum:	Amtsstempel:
Eigenhändige Unterschrift:	Amthliche Eigenschaft:	

- Name und Vorname **müssen handschriftlich** vom Unterzeichnenden ausgefüllt werden. Der Sammler darf dies nicht selber ausfüllen (Ausnahme: Schreibbehinderung).
- Das Geburtsdatum muss **handschriftlich** vom Unterzeichnenden ausgefüllt werden: **TT.MM.JJJJ**
- Adresse muss **vollständig** ausgefüllt werden und absolut korrekt sein.
- Kanton** darf abgekürzt werden, **PLZ** muss leserlich sein, **Politische Gemeinde** muss ausgeschrieben werden (z.B. BE ist keine Gemeinde, sondern der Kanton).
Wichtig: Pro Bogen dürfen nur Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus der selben politischen Gemeinde unterzeichnen.
- Nur Bögen mit **handschriftlichen Unterschriften** sind gültig. Unterschreiben dürfen in der Schweiz **stimmberchtigte** Personen ab 18 Jahren, auch Auslandschweizer.
- Optional: Hier können Sie angeben, ob Sie die Kampagne finanziell unterstützen und informiert bleiben möchten.
- Diese Felder werden von den Kontrollorganen der Gemeinden ausgefüllt. **Hier darf nichts hineingeschrieben werden.**
- Trennen Sie den Talon ab und werfen Sie ihn in den nächsten Briefkasten. Dafür ist keine Frankierung nötig. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Anleitung zum Ausfüllen des Unterschriftenbogens

Folgst Du uns bereits auf unseren Kanälen?

Über unsere Social-Media-Kanäle halten wir Dich jederzeit über die aktuellen Geschehnisse und Entscheidungen aus Bundesbern auf dem Laufenden.



@fdp_schweiz



@fdp.dieliberalen



@fdp_Liberalen



@FDP.Die Liberalen Schweiz



FDP Schweiz unter Kanälen abonnieren



Verwaltungsbremse

Eine Chance für den Service public

Die Schweizer Verwaltung wächst unaufhörlich – sowohl in der Zahl der Stellen als auch in den Ausgaben. Doch führt dieses Wachstum tatsächlich zu besserem Service für die Bevölkerung oder schafft es eine ineffiziente Bürokratie? Die von den Jungfreisinnigen vorgeschlagene Verwaltungsbremse liefert eine klare Antwort und zwingt uns, die Strukturen und die Effizienz des öffentlichen Sektors grundlegend zu hinterfragen. Sie fordert nicht nur die Verwaltung heraus, sondern stellt auch uns als Gesellschaft vor die Aufgabe, unsere Erwartungen an den Staat und seine Prioritäten kritisch zu überdenken.

Effizienz im öffentlichen Sektor – Innovation statt Wachstum

Die Verwaltung in der Schweiz wächst nicht nur in der Zahl der Stellen, sondern auch in ihren Ausgaben. Doch bleibt die zentrale Frage: Führt dieses Wachstum zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung oder resultiert es in einer aufgeblähten Bürokratie, die ihre Effizienz zunehmend verliert?

Für mich als Freisinnige ist die Antwort eindeutig: Es geht nicht um mehr Verwaltung, sondern um mehr Innovation. Verwaltung bedeutet oft Stillstand und Wachstumszwang, während echte Innovation den öffentlichen Sektor effizienter, flexibler und zielgerichteter machen kann. Der Service public hat zweifellos eine zentrale Bedeutung für die Gesellschaft, doch die Verwaltung muss sich ständig der Frage stellen, wie sie ihre Aufgaben effizienter erfüllen kann, ohne sich in bürokratischen Prozessen zu verlieren.

Das Parlament in der Verantwortung

Dem Parlament kommt in dieser Diskussion eine Schlüsselrolle zu. Es ist verantwortlich für die Sicherstellung der Grundversorgung, muss jedoch auch die Effizienz seiner Entscheidungen hinterfragen. Häufig werden neue Aufgaben geschaffen, ohne deren Auswirkungen auf die Verwaltung und die Effizienz zu prüfen. Jede zusätzliche Aufgabe erhöht den Verwaltungsaufwand und gefährdet die Effizienz. Das Parlament muss daher nicht nur die Notwendigkeit neuer Anforderungen, sondern auch deren Auswirkungen auf die Verwaltung abwägen.

Verwaltung für die Zukunft – auch eine Frage der Eigenverantwortung

Auch wir als Gesellschaft müssen unseren Anspruch an den Staat neu definieren. Wir fordern einen Service public, der nicht nur leistungsfähig, sondern auch nachhaltig und zukunftsfähig ist. Doch ebenso wichtig ist es, dass wir uns fragen, was wir wirklich vom Staat benötigen. Effizienz im öffentlichen Sektor kann nur dann erreicht werden, wenn wir als Bürger Verantwortung übernehmen und die Verwaltung entlasten, anstatt von ihr alles zu erwarten.

Die Chance der Verwaltungsbremse – eine zukunftsfähige Verwaltung gestalten

Die Diskussion über die Verwaltungsbremse bietet eine bedeutende Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie der Service public effizienter, nachhaltiger und zukunftsfähiger gestaltet werden kann.

Die Verwaltungsbremse setzt den Fokus auf die Effizienz der Verwaltung und fordert uns he-

raus, die Strukturen des öffentlichen Sektors neu zu denken. Durch die Koppelung der Personalausgaben an das Wachstum des Medianlohns sollen die Ausgaben für Bundespersonal im Einklang mit der allgemeinen Lohnentwicklung begrenzt werden. Dies ermöglicht nicht nur eine Begrenzung des Stellenwachstums, sondern verhindert auch übermässige Lohn erhöhungen.

Ich freue mich auf die Gelegenheit, die Strukturen des öffentlichen Sektors im politischen Diskurs neu zu denken und unsere Erwartungen an den Staat kritisch zu hinterfragen. Es ist an der Zeit, einen Konsens zu finden und den Service public so zu gestalten, dass er den Anforderungen der kommenden Generationen gerecht wird. Die Debatte eröffnet die Möglichkeit, innovative Lösungen zu entwickeln und die Zusammenarbeit zwischen Parlament, Verwaltung und Gesellschaft zu stärken, um eine zukunftsfähige und leistungsstarke Verwaltung zu schaffen. Davon bin ich fest überzeugt.



Simone Richner,
Präsidentin FDP Service Public

Parolenspiegel

Nationale Abstimmungen vom 14. Juni 2026

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2026

	Antwort
Wollen Sie die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeitsinitiative)» annehmen?	NEIN

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2026

	Antwort
Wollen Sie die Änderung vom 26. September 2025 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG) annehmen?	JA

«Wir wären ohne Schengen schlichtweg blind»

NEIN zur Chaos-Initiative am 14. Juni

Alexander Ott war 36 Jahre lang Chef der Fremdenpolizei Bern. Er ist Experte in Migrationsfragen, Menschenhandel und Strukturkriminalität sowie Co-Präsident des Verbands Schweizerischer Einwohnerdienste. Im Interview erklärt Ott, welche Auswirkungen die Chaos-Initiative auf die innere Sicherheit der Schweiz hätte.

Herr Ott, Sie haben 36 Jahre bei der Fremdenpolizei gearbeitet. Ist Migration etwas Gutes oder etwas Schlechtes?

Migration ist weder noch. Migration ist einfach eine Tatsache. Die einen verwerfen die Hände, weil sie Migration grundsätzlich für etwas Schlechtes halten. Die anderen haben den Hang, Migration zu glorifizieren. Beide Sichtweisen muss man korrigieren.

Sie warnen vor der sogenannten Chaos-Initiative, welche die Bevölkerung in der Schweiz bei 10 Millionen deckeln will. Warum?

Mir scheint das Risiko zu hoch, dass diese Initiative die bilateralen Verträge gefährdet und die Schweiz vom Schengener Abkommen ausgeschlossen würde. Bei internationalen Fahndungen ist aber gerade dieser Austausch unserer Sicherheitskräfte mit der europäischen Datenbank absolut zentral.

Was würde ein Wegfall von Schengen konkret bedeuten?

Ohne das Schengener Informationssystem (SIS) wäre die Schweizer Polizei schlicht blind. Es ist Dreh- und Angelpunkt in der täglichen Fahndungsarbeit, allein 2024 gelangen den Schweizer Behörden damit über 21 000 Fahndungstreffer, rund 55 pro Tag! Ohne den automatisierten Datenaustausch müssten wir wieder per Telefon, Funk oder Fax fahnden – das wäre ein Rückschritt in die polizeiliche Steinzeit. Gewalttäter und das organisierte Verbrechen hätten leichtes Spiel, und die Kontrollen

der Grenzwaache wären viel mühsamer und langwieriger – mit entsprechendem Chaos an den Grenzübergängen.

Können Sie das an einem Beispiel verdeutlichen?

Ein echtes Beispiel aus der Ostschweiz: Eine besorgte Mutter meldete sich bei der Polizei, der Expartner habe das gemeinsame Kind entführt. Noch vor Mitternacht ging die Suchmeldung via SIS europaweit raus. Keine 90 Minuten später kontrollierten deutsche Grenzbeamte ein Auto und hatten den Treffer im System. Weniger als sechs Stunden nach dem Notruf hatte die Mutter ihr Kind wieder in den Armen. Ohne SIS wäre ein solches Happy End kaum mehr möglich.

Welche Rolle spielt die internationale Zusammenarbeit bei organisierter Kriminalität?

Nehmen wir ein Beispiel aus dem Menschenhandel: Ermittler wissen, dass junge Frauen aus Osteuropa nach Zürich geflogen werden. Dank der Vernetzung mit europäischen Datenbanken können wir die Täter und ihre Buchungsmuster gezielt ins Visier nehmen. Wir können feststellen, ob ein Täter in den vergangenen Monaten bereits mit anderen potenziellen Opfern auf der gleichen Strecke unterwegs war. Nur dank diesen raschen, vernetzten Informationen können wir weitere Opfer identifizieren und sie aus dem Menschenhändlerring befreien. Ohne diese Informationsquelle wären wir auch beim Menschenhandel wirklich blind.



Alexander Ott, Co-Präsident Verband Schweizerischer Einwohnerdienste

Welche Auswirkungen hätte ein Alleingang der Schweiz im Asylbereich?

Ein Alleingang würde das Ende der Zusammenarbeit im Rahmen von Dublin bedeuten. Das brächte viel mehr direkte Asylgesuche in der Schweiz und würde das System an die Belastungsgrenze bringen. Das bindet Ressourcen bei den Asylbehörden und belastet massiv die Polizeiarbeit in unseren Kantonen und Gemeinden. Genau diese Polizistinnen und Polizisten fehlen uns dann bei der Kriminalitätsprävention auf der Strasse und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Alltag.

Sie stimmen also Nein zur Chaos-Initiative am 14. Juni?

Ich mache eine Risikoabwägung. In der aktuellen fragilen Weltlage wäre das Verlieren eines zentralen Fahndungsregisters zentral, denn wir erhalten in der polizeilichen Zusammenarbeit viel mehr Daten, als wir liefern. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz ohne Schengen und Dublin unsicherer wäre.



Michael Schoy,
Leiter Kampagnen FDP Schweiz

Wie sichert die Schweiz ihre Stromversorgung im Winter?

Der Stromverbrauch in der kalten und dunklen Jahreszeit wird bis 2050 steigen. Gleichzeitig wird die Produktion abnehmen. Die gute Nachricht: Eine verlässliche, emissionsarme und bezahlbare Stromversorgung ist möglich – mit einer klugen Kombination mehrerer Technologien!

Die Axpo Energy Reports zeigen zwei realistische Szenarien auf:

Szenario 1

Ein ausgewogener Mix aus Wasserkraft, mehr Solar, deutlich mehr Windkraft sowie einigen marktaktiven Gaskraftwerken als flexible Ergänzung. Dazu der Langzeitbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke.

Szenario 2

Die Schweiz entscheidet sich für zwei neue Kernkraftwerke. Diese koexistieren mit den anderen Technologien: Wasserkraft, mehr Solar, mehr Windkraft sowie marktaktiven Gaskraftwerken.

Scannen Sie hier den QR-Code für die vollständigen Reports:



Erfahren Sie mehr und diskutieren Sie mit.

Unabhängig davon, welchen Weg die Schweiz letztlich einschlägt, lohnen sich auf jeden Fall vier konkrete Massnahmen:

- ✓ Bestehende Kernkraftwerke möglichst lange laufen lassen. Das ist die günstigste Art und Weise, der Schweiz Zeit für den Ausbau zu verschaffen.
- ✓ Das Fördersystem mehr auf Winterstrom ausrichten.
- ✓ Den Ausbau der Windkraft beschleunigen.
- ✓ Voraussetzungen für Gaskraftwerke schaffen.

Faktenbasiert. Ideologiefrei. Transparent.

Die Axpo Energy Reports sind ein fundierter Beitrag zur Schweizer Energiedebatte. Erstellt wurden sie von über 50 Expertinnen und Experten aus allen Axpo-Geschäftsbereichen, gemeinsam mit der ETH Zürich und dem Paul-Scherrer-Institut. Für alle, die sich informieren und sich in die Diskussion einbringen wollen.